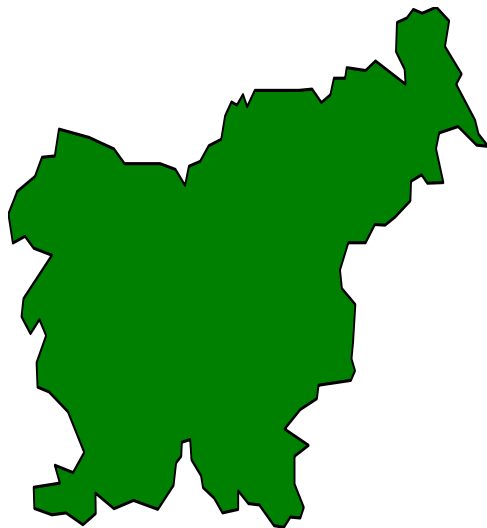


Slovenien



1. Welche Kreditnehmer werden den öffentlichen Haushalten zugerechnet?

- **Staat**
- **Regionen***
- **11 Städte und 193 Gemeinden**

*Die Ebene der Regionen wird im Hinblick auf das Dezentralisierungsgebot der Europäischen Union als nachgeordnete Gebietsverwaltungseinheit neu geschaffen. Die Regionen werden aber weder über besondere Kompetenzen noch über eine Finanzhoheit verfügen.

2. Genehmigungsverfahren

2.1. Durch wen sind die Kreditgeschäfte zu genehmigen?

Kreditgeschäfte sind im Rahmen der Haushaltsplanung durch das nationale Parlament bzw. auf kommunaler Ebene durch die Stadt- bzw. Gemeindeparlamente zu beschließen und vom Finanzministerium zu genehmigen.

2.2. Wer sind die dazugehörigen Vertragspartner?

Vertragspartner sind die öffentlichen Haushalte, vertreten durch:

- **Staat**
das Finanzministerium
- **Städte/Gemeinden**
der/die Bürgermeister/in.

2.3. Welche Aufsichtsbehörde ist für die rechtsaufsichtliche Genehmigung zuständig?

Das Finanzministerium.

3. Auf welchen Rechtsgrundlagen basieren die Geschäfte mit öffentlichen Haushalten / Kommunen?

- Verfassung der Republik Slowenien (Art. 149) zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte
- Das Gesetz über die öffentlichen Finanzen („Public Finance Act“) mit darin definierten Grundsätzen für die öffentliche Kreditaufnahme
- Haushaltsdurchführungsgesetz („Budget Execution Act“) mit jährlich verabschiedeten Vorschriften und Kennzahlen zur Kreditaufnahme, zur Festlegung von Kreditobergrenzen und zu Voraussetzungen für die Stellung von Bürgschaften und Garantien durch öffentliche Haushalte.
- Kommunalgesetz („Municipalities Act“) zur Kreditaufnahme der Kommunen.

4. Bandbreiten der Kreditaufnahme

4.1. Welche Kriterien sind für den Abschluss des Kreditvertrages ausschlaggebend?

Die Kreditverträge können nach Angabe der Zentralen Notenbank Sloweniens prinzipiell mit den Kreditgebern frei ausgehandelt werden, solange die gesetzlichen Vorschriften beachtet werden.

4.2. Bis zu welchen Obergrenzen werden Kredite eingeräumt?

Grundsätzlich gelten die in den beschlossenen Haushaltsplänen festgelegten Kreditgrenzen. Im „Municipalities Act“ wird die mögliche Kreditaufnahme der Städte und Gemeinden auf 10 Prozent des Gesamthaushaltes begrenzt.

5. Für welchen Verwendungszweck dürfen die Kredite aufgenommen werden?

Der Verwendungszweck ist für aufgenommene Kredite nicht vorgeschrieben, solange es sich nicht um zweck- oder projektbezogene Förderkredite handelt.

6. Welche Kreditinstitute sind bei der Vergabe von Krediten an öffentliche Haushalte / Kommunen besonders engagiert?

In Slowenien ist der Konzentrationsprozess in der Kreditwirtschaft eingeleitet worden. Im Jahr 2001 gab es noch 28 Banken und Sparkassen. Im Jahr 2003 ist diese Zahl bereits auf 24, im Jahr 2004 auf 20 Banken zurückgegangen. Dies ist das Ergebnis von Fusionen und Verkäufen von Kleinbanken vor allem an italienische und österreichische Banken.

Marktführerin ist die Nova Ljubljanska Banka AG (NLP). Bei diesem Bankkonzern ist der Staat Slowenien Mehrheitseigentümer. Die übrigen Anteile halten die belgische KBC (32 Prozent) und die Europäische Bank für Wiederaufbau (EBRD/ 15 Prozent). Ein geringer Anteil befindet sich zudem im Publikumsbesitz. Die NLP verfügt mit ihren Tochterbanken über einen Marktanteil von über 50 Prozent im gesamten Bankgeschäft. Auch im Kommunalkundengeschäft ist die Bank Marktführerin. Als wichtigste Mitbewerberin der NLP im öffentlichen Kundengeschäft gilt die Nova Kreditbank Maribor (NKBM). Diese plant eine Fusion mit der slowenischen Postbank und erhofft sich dadurch von der NLP Marktanteile erobern zu können. Die staatliche Slovenische Investitionsbank verfügt nur über einen Marktanteil von etwas über ein Prozent.

7. Welche Produktpalette wird angeboten?

Das Finanzierungsangebot der Banken beschränkt sich auf kurz- und langfristige Kommunalkredit- und Darlehensangebote an die Kommunen. Der Staat finanziert sich überwiegend über Bonds. Das Produktangebot für die öffentliche Hand ist im Vergleich zu anderen Beitrittsländern deutlich unterentwickelt. Es besteht an dieser Stelle ein großer Nachholbedarf.

8. Gibt es neben der direkten Vergabe von Bankkrediten noch weitere Finanzierungsquellen für öffentliche Haushalte / Kommunen?

Die Kommunen erhalten regelmäßige Zuschüsse aus dem staatlichen Haushaltsplan. Eine weitere Finanzierungsquelle sind die Anteile an der Einkommensteuer aus dem staatlichen Haushalt. Darüber hinaus werden zusätzliche Regionalzuschüsse gewährt, wenn der Staat dies für notwendig erachtet. Die Kommunen verfügen über keine eigenen Steuereinnahmen.

9. Auf welcher Grundlage wird die Bonität für öffentliche Haushalte / Kommunen durch Banken beurteilt?

Der Zentralstaat gilt als solider Partner und wird bei Moody`s mit A2 und bei S&P mit A+ geratet. Die Verschuldung ist gering. Die Devisenbestände sind in den letzten Jahren stark gewachsen und werden voraussichtlich in Kürze die Auslandsschulden übersteigen.

Problematischer stellt sich die Lage der Kommunen dar. Sie hängen am Geldhahn des Zentralstaates, da sie überwiegend von Zuweisungen abhängig sind. Es ist keine Insolvenz für Kommunen vorgesehen. Die Kommunen verfügen jedoch weder über eine eigene Steuerhoheit, noch über ein staatliches oder interkommunales Haftungssystem oder ein Rating. Es werden üblicherweise keine speziellen und privilegierten Kommunalkreditkonditionen angeboten.

10. Kreditaufnahme im Ausland

10.1. Dürfen Kredite im Ausland aufgenommen werden?

Ja.

10.2. In eigener Währung oder in Fremdwährung?

Auch in Fremdwährung.

11. Weitere Angaben und Kontaktstellen

www.germanembassy.si
www.ahk.si
www.bsi.si
www.sigof.si
Tel. 030-206 14 51
www.investslovenia.org

Deutsche Botschaft in Slowenien
Deutsche Außenhandelskammer
Zentrale Notenbank Slowenien
Slowenien und EU-Integration
Slowenische Botschaft in Berlin
Handels- und Investitionsförderagentur

12. Gesamtwertung des Kreditgeschäftes mit öffentlichen Haushalten / Kommunen

- **Rahmenbedingungen**

Die Republik Slowenien beheimatet auf 20 273 qkm rund 2 Mio. Einwohner. Das Land hat mit 11.709 EUR das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Zentralosteuropa. Die Arbeitslosenrate ist zuletzt auf knapp 6 Prozent zurückgegangen (2002). Ein Problem hat man mit der Inflationsrate, die im Herbst 2003 noch über 5 Prozent betrug und bei der es sich um die höchste Preisniveausteigerung aller Beitrittsstaaten handelt. Die anhaltend hohe Inflationsrate ist eine Folge der starken Preissteigerungen bei Alkohol und Tabakprodukten im Zusammenhang mit der Annäherung an das EU-Preisniveau, der Anhebung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt, einer Wechselkurspolitik mit kontinuierlicher, schrittweiser Abwertung des Tolar und einer Indexierung der Löhne, Gehälter, Pensionen sowie des Basiszinssatzes (TOM) der Slowenischen Zentralbank („Banka Slovenje“). Mittlerweile ist die Indexierung bei Löhnen und Gehältern sowie bei den Pensionen jedoch neu gestaltet und der Basiszinssatz TOM abgeschafft worden. Die Regierung bemüht sich um die Stabilisierung der Wirtschaft und die konsequente Umsetzung der lange vernachlässigten Privatisierung der Staatsindustrie (einschließlich der Banken) durch den Abbau rechtlicher Marktzutrittsbarrieren und Wettbewerbsbeschränkungen.

Slowenien wird zunehmend mitteleuropäisch geprägt. Die Einflüsse der österreichischen, italienischen und auch französischen Investoren sind deutlich erkennbar. Die Anerkennung italienischer, österreichischer, aber auch deutscher Geschäftspartner ist – historisch bedingt – sehr hoch und die deutsche Sprache relativ stark verbreitet. Positiv auffallend ist die moderate Gesamtverschuldung von 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2003) und die hohen Devisenbestände.

- **Vordringliche Investitionsvorhaben**

Vordringlich zu finanzierende Projekte sind in Slowenien vor allem Kläranlagen und Mülldeponien. Hier fragt man offen nach ausländischen - speziell deutschen - Ingenieursachverstand und sucht dringend Kofinanzierungspartner. Eine intensive Diskussion wird über die Beteiligung privater Investoren bei Infrastrukturmaßnahmen geführt. Die Anwendung echter Konzessionsmodelle scheiterte bislang noch an verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Bereitschaft zu einer maut- und kapitalmarktfinanzierten Infrastrukturmodernisierung ist jedoch erstaunlich hoch. Die breite Öffentlichkeit steht hinter Mautfinanzierungen und Fondslösungen, wie sie z. B. beim Autobahnausbau zwischen Ljubljana und Maribor zur Anwendung gekommen sind.

- **Bankensektor**

Der Privatisierungsprozess bei den Banken ist zeitweise sehr schleppend vorangeschritten. Gerade erst ist die Postbank privatisiert worden. Marktführer sind die (noch) staatliche Nova Ljubljanska Banka und die Nova Kreditbank Maribor, die gemeinsam über fast die Hälfte der Gesamtkтива aller slowenischen Banken verfügen. Die Margen sind noch verhältnismäßig komfortabel. Der Gewinn vor Steuern betrug im Jahr 2002 bei den Banken noch 200 Prozent, zeigte in 2003 aber eine abnehmende Tendenz, obwohl mit den Privatisierungen auch ein Konzentrationsprozess unter maßgeblichen Einfluss italienischer und österreichischer Banken einherging. Insgesamt ist der Einfluss ausländischer Investoren bei den verbleibenden 20 Banken, drei Sparkassen und 37 bausparkassenähnlichen Instituten im Vergleich zu den meisten anderen Erweiterungsstaaten noch unterrepräsentiert. Daher konnte der Bankensektor bislang nicht auf das Know-how bei Produktentwicklung, Risikomanagement, Technologie und Kosteneffizienz zurückgreifen, das ausländische Investoren bieten. Die EU-Kommission hat den Bankensektor Sloweniens als grundsätzlich gesund, aber unterentwickelt in einem Umfeld ohne genügend Wettbewerb charakterisiert. Der geringe Monetarisierungsgrad (Bankaktiva zu BIP) von nur 87 Prozent signalisiert im Verhältnis zum EU-Durchschnitt (200 Prozent) einen großen Nachholbedarf bei Bankdienstleistungen und somit ein erhebliches Geschäftspotenzial.

- **Kommunalgeschäft**

Aufgrund der im Vergleich zu anderen Erweiterungsstaaten relativ schleppend vorangekommenen Privatisierung gibt es ein breites Geflecht von öffentlichen Unternehmen. Die Bedingungen für eine kommunale Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften sind sehr restriktiv. Die Kapitalbeschaffung des Zentralstaates erfolgt in erster Linie über Bonds. Die Zentralregierung kümmert sich noch zu unentschlossen um die Bedürfnisse der Kommunen und das Produktangebot der Banken bewegt sich bisher noch auf relativ niedrigem Niveau.